

8/SN-218/ME

BERUFSVERBAND ÖSTERREICHISCHER PSYCHOLOGEN  
LANDESGRUPPE STEIERMARK

p.A. Dr. Richard Ecker-Eckhofen  
Hauptstraße 31  
8071 Grambach

5.7.1989

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 WIEN I

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi	42 - GE/9 JP
Datum:	11. JULI 1989
Verteilt	12. Juli 1989

*Dr. Ecker*  
*Dr. Olsch-Garant*

GZ 61.103/15-VI/13/89

Betreff: Stellungnahme der Landesgruppe Steiermark des BÖP zum Entwurf  
des Psychologengesetzes im allgemeinen Begutachtungsverfahren

Im Rahmen des o.a. allgemeinen Begutachtungsverfahrens, erlauben  
wir uns, Ihnen 25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme zu übersenden.

Hochachtungsvoll  
Für die Landesgruppe Steiermark des  
Berufsverbandes Österreichischer Psychologen

*Dr. Ecker*  
(Dr. Ecker-Eckhofen)

BERUFSVERBAND ÖSTERREICHISCHER PSYCHOLOGEN  
LANDESGRUPPE STEIERMARK

p.A. Dr. Richard Ecker-Eckhofen  
Hauptstraße 31  
8071 Grambach

5.7.1989

An das  
Bundeskanzleramt der Republik Österreich  
Sektion VI

Radetzkystraße 2  
A-1031 WIEN  
GZ 61.103/15-VI/13/89

Betreff: Stellungnahme der Landesgruppe Steiermark des BÖP zum Entwurf  
des Psychologengesetzes im allgemeinen Begutachtungsverfahren

In der Sitzung der Landesgruppe Steiermark des BÖP am 29.6.1989  
wurde folgende Stellungnahme zum Entwurf des Psychologengesetzes ein-  
stimmig beschlossen:

Von den anwesenden Mitgliedern des Berufsverbandes wird einhellig begrüßt,  
daß nach jahrzehntelangen Bemühungen eine gesetzliche Grundlage für die  
bundeseinheitliche Regelung des Psychologenberufes in Aussicht gestellt  
wird. Vor allem die Beseitigung der bestehenden Rechtsunsicherheit wäre  
für alle Bereiche der angewandten Psychologie von sehr großer Bedeutung.  
Der geforderte hohe Standard von Ausbildung und Fortbildung nach dem  
Hochschulstudium, der erst die selbständige psychologische Berufsausübung  
erlaubt, würde für den Klienten/Konsumenten eine professionelle Betreuung  
im engeren psychologischen Gebiet sicherstellen. Mit dem Titelschutz wäre  
eine klare Orientierungshilfe gegeben. Die vorgesehene Verschwiegenheits-  
pflicht würde die notwendige Bewahrung der Intimsphäre garantieren.

Der Wegfall der Rechtsunsicherheit würde auch das Problem von Behörden bei  
der Zulassung zur beruflichen Praxis von Psychologen beenden. Ebenso gäbe  
es infolge der geregelten Zusammenarbeit von Psychologen und Ärzten sicher  
eine verbesserte und vermehrte Kooperation.

Insgesamt halten die Mitglieder der Landesgruppe Steiermark den Gesetzes-  
entwurf für sehr ausgewogen, offen gegenüber den Nachbardisziplinen,  
pragmatisch in der Berufsdefinition und Organisation der Berufsvertretung.

Für die Landesgruppe Steiermark des  
Berufsverbandes Österreichischer Psychologen



(Dr. Ecker-Eckhofen)